



sozialdemokratischer juden - avoda

IKG intern: Mit Stimmenkauf zur IKG-Präsidentschaft, S. 1/ **IKG intern II:** Kommentar – Sind wir schon Kärnten, S. 2/ **IKG intern III:** das bund-Programm. Soziale Werte, zionistische Tradition, kritische Kooperation, S. 3/ **Israel:** Kommentar – Ephraim Sneh: Allianz gegen Islamisten, S. 4 bis 5/ **IKG intern IV:** kurz.bundig I Peter Munk: Die drei von Atid, S. 8/ **IKG intern V:** kurz.bundig II Robert Sperling: Fraktionitis, S. 9/ **IKG intern VI:** kurz.bundig III Ernst M. Stern: Die Vorhaut in aller Munde, S. 9/ **Ausstellung:** ÖBB - Verdrängte Jahre, S. 10

Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Fast hat es den Anschein, als wäre Jom Kippur heuer zu früh - oder sind die Kultuswahlen zu spät? Obwohl die heiße Phase des IKG-Wahlkampfes gerade erst begonnen hat, haben einzelne Kandidaten bereits jetzt so viel zu büßen, dass man gar nicht weiter und bis zum Wahltag denken möchte. Martin Engelberg zum Beispiel. Der Mann will Präsident der Kultusgemeinde werden – um jeden Preis. Das hat er im Wortsinn zuletzt mit seiner Steilvorlage in Sachen Stimmenkauf bewiesen, den er dem **bund** gegenüber gar nicht bestreitet. Sein Verhalten (siehe nebenstehend „Mit Stimmenkauf zur IKG-Präsidentschaft?“ und Seite 2 „Sind wir schon Kärnten?“) verschafft Engelberg mühelos die derzeitige Pole Position unter den Wahlkampf-Sündern. Das klingt vielleicht schnoddrig, ist aber verdammt ernst. Denn es geht - auch - um die Reputation der IKG und das Bild, das man sich von ihr macht.

Da hebt sich, wie wir naturgemäß meinen, das bund-Programm sehr positiv ab, in dem wir Ihnen unsere Vorstellungen und damit auch unser Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre präsentieren: Soziale Werte, zionistische Tradition, kritische Kooperation – konstant, verlässlich und unaufgeregt (Seite 3).

Auch zwei von drei persönlichen Kommentaren, die wir in dieser **bund**-Ausgabe auf Seite 8 und 9 unter der Rubrik "**kurz . bundig**" zusammengefasst haben, beschäftigen sich mit den IKG-Wahlen im November oder mit Auswüchsen des Wahlkampfes (Peter Munk: „Die drei von Atid“ und meine Wenigkeit: „Fraktionitis“). Die dritte "**kurz . bundig**"-Glosse steuert Ernst M. Stern bei, einen launigen Rückblick auf das Sommerthema(?) Beschneidung „Die Vorhaut in aller Munde“.

Mit ungewöhnlichen Thesen, die manchmal auch quer zum Mainstream formuliert sind, überrascht uns unser Kolumnist Ephraim Sneh immer wieder. Politisch und regional deutlich über seine Allianzthese Israel - Jordanien („Stärkt Abdullah den Rücken“, **bund 219**) hinaus bewegt er sich in der Story „Allianz gegen Islamisten?“ auf Seite 4 und 5.

Die ÖBB-Ausstellung „Verdrängte Jahre – Bahn und Nationalsozialismus 1938 – 1945“ ist wegen großen Andrangs verlängert worden. Wenn Sie sie noch nicht gesehen haben: Desiree Reichman schreibt, warum Sie sie nicht versäumen sollten (Seite 10).

Es war im vergangenen Mai, als sich Verteidigungsminister Darabos zu einer merkwürdig unqualifizierten und unsachlichen Israel-Kritik verstieg. Unter den Protestierenden fand sich selbstverständlich der bund sozialdemokratischer Juden - Avoda. Zu Ferienbeginn langte das ministerielle Antwortschreiben ein, das wir Ihnen, liebe Leserin, geschätzter Leser - etwas verspätet - nicht vorenthalten wollen (Seite 6 und 7).

Ich darf Ihnen abschließend und wie immer an dieser Stelle spannende Lektüre mit dem **bund** und vor allem schöne Feiertage und ein schönes neues Jahr wünschen. Schana towa umetukah!

Robert Sperling



Mit Stimmenkauf zur IKG-Präsidentschaft?

Startet nach Engelbergs Skandal-Angebot an Bucharen Lizitationskarussell?

Geht es nach Martin Engelberg, heißt der nächste Präsident der IKG Martin Engelberg. Ganz sicher ist er sich seiner Sache jedoch nicht, weshalb er Geschenke zu verteilen beginnt. Eigentlich sind die Geschenke aber keine Geschenke, denn Engelberg erwartet sich als Gegenleistung nichts weniger als die Kür zum Präsidenten. Wirklich verteilt ist auch noch nichts, denn lästiger Weise entscheidet über die Verteilung der „Geschenke“, sprich über kräftigste Subventionserhöhungen für die Bucharen und, so munkelt man, für die Grusinien, der neue Kultusvorstand. Und der ist noch nicht gewählt. Also bietet Engelberg an, so wird dem **bund** aus gut unterrichteter Quelle berichtet, mit privatem Vermögen für sein Geschäftsangebot zu garantieren.

Nun droht dem Möchtegern-Präsidenten allerdings reichlich Ungemach. Seit einigen Wochen sieht er sich öffentlich mit dem Vorwurf des Stimmenkaufs konfrontiert. Er soll nach übereinstimmenden Aussagen von bucharischen und grusinischen Gemeindegliedern (Namen der Redaktion bekannt) ihren Vereinen deutlich sechsstelligen Subventionserhöhungen für den Fall seiner Präsidentschaft in Aussicht gestellt haben. Ein Umstand, der von offizieller grusinischer Seite zunächst nicht bestätigt wird: *Mit mir hat Engelberg über eine Subventionserhöhung nicht gesprochen.* So Dezoni Dawarischwili, langjähriger grusinischer Kultusvorsteher. Wie auch immer. Dass **➤Seite 2**

<Seite 1 Engelberg damit das Fell des Bären verteile, bevor er (oder sind es doch die Wähler?)erlegt sei(en), sei auch manchem Funktionär der konfrontierten Vereine klar geworden. Weshalb Engelberg dem Vernehmen nach auch erklärt haben soll, mit privatem Vermögen für die gewaltige Subventionserhöhung zu garantieren.

Im Anschluss an dieses Geschäftsgespräch seien dann Mitglieder des Vereins der Bucharen beim amtierenden Präsidenten der Kultusgemeinde Wien, Oskar Deutsch, vorstellig geworden. Oskar Deutsch: *Man hat mir, wohl nicht ganz ohne Hintergedanken, von Engelbergs beabsichtigtem Deal erzählt. Allerdings stehe ich für Lizitationen nicht zur Verfügung. Das habe ich den Herren auch klar und deutlich zu verstehen gegeben.* Auf Nachfrage des **bund** bestätigt etwa Israel Abramov vom Verein der Bucharen die Sachlage, sagt aber: *Mit dem Geld wollen wir ja Infrastruktur ausbauen, die letztlich auch der Kehila zu Gute kommt.* Martin Engelberg, vom **bund** ebenfalls

um eine Stellungnahme gebeten, meint, Oskar Deutsch hätte seinerseits bereits vor mehr als einem Jahr Gespräche ähnlichen Inhalts mit den Bucharen geführt. Er, Engelberg, hätte darüber Unterlagen und im Übrigen hätte Atid dieselben Praktiken schon früher angewandt (siehe auch Kommentar unten „Sind wir schon Kärnten?“). Oskar Deutsch bestätigt Gespräche mit den Bucharen zum damaligen Zeitpunkt, bestreitet aber finanzielle Aspekte: *Es gab und gibt keine Versprechen und keine finanziellen Vereinbarungen mit den Bucharen.*

Die Affäre um Martin Engelberg sorgt mittlerweile für reichlich Gesprächsstoff in Wien. Ein wütendes Gemeindeglied fasst desillusioniert zusammen: *Wer diese Wahl auch gewinnt, der Verlierer steht schon fest: die Demokratie. Aber, (ab)gerechnet wird am Wahltag – und es gibt Alternativen!*

Robert Sperling

Sind wir schon Kärnten?

Vom Machtstreben und dem Verfall der Moral

Aber das hat doch Atid vor fünf oder zehn Jahren auch gemacht! Martin Engelbergs Antwort auf meine Frage, wie er, Engelberg, denn den jüngst von drei prominenten Kultusvorstehern in einem offenen Brief gegen ihn erhobenen Vorwürfen des Stimmenkaufs entgegen zu treten gedanke, ist wohl bezeichnend. Bezeichnend für Engelberg, bezeichnend aber auch, so fürchte ich, für gesellschaftlichen Werteverfall und einen signifikanten Mangel an Unrechtsbewusstsein - auch in unserer Gemeinde.

Abgesehen davon, dass unethisches und unseriöses - nennen wir es einfach fragwürdiges - Verhalten nicht sauberer wird, indem man auf mögliches unmoralisches Verhalten anderer verweist: der unappetitliche Vorfall und allein schon der Umstand, dass der Vorwurf des Stimmenkaufs unwidersprochen erhoben werden konnte, weckt beinahe schon

Assoziationen mit einem Klima, das wir allenfalls aus Österreichs südlichstem Bundesland zu kennen glaubten.

Dass ein Mann so sehr Präsident der Wiener Kultusgemeinde werden will, dass er anscheinend jeden Preis dafür zu zahlen bereit ist („Mit Stimmenkauf zur IKG-Präsidentschaft?“ siehe auf Seite 1 und oben.), muss man wohl zur Kenntnis nehmen. Dass er dabei aber drauf und dran ist, die demokratischen Strukturen, die Rolle der Gremien, die Repräsentanten und Funktionäre, die größtenteils ehrenamtlich und in ihrer Freizeit für diese Gemeinde tätig sind, zu diskreditieren – kurz, dass er in Kauf nimmt, unser aller Ruf nachhaltig zu beschädigen: das muss man nicht, das darf man nicht hinnehmen!

Nun sind politische Deals durchaus das tägliche Brot der „Macht“. Die Frage ist nur, ob, wie sehr und wann dabei Prinzipien durch „Pragmatismus“ ersetzt werden. Muss das überhaupt geschehen? Auch der **bund** hat in der Vergangenheit mit anderen Parteien Gespräche geführt und Vereinbarungen getroffen. Allerdings NACH geschlagener Wahl. Dabei ging es außerdem immer - zweiter entscheidender Unterschied - um Sachfragen, niemals um Geld. Denn über das Budget zu bestimmen, ist ausschließlich Sache des von Ihnen, liebe Leserin, geschätzter Leser, zu wählenden Kultusvorstandes.

Indem Engelberg einzelnen Gruppen oder Vereinen als Gegengeschäft für die Kür zum Präsidenten saftige Subventionserhöhungen in sechsstelliger Eurohöhe verspricht (und, wie es heißt, erklärt, diese Angebote - welch unerhörte Verquickung von privat und öffentlich! - mit Privatvermögen „abzusichern“), begeht er nicht bloß eine moralische Verfehlung. Schlimmer noch, er missachtet die grundsätzlichen demokratischen Spielregeln. Er zeigt schon vor der Wahl, wie er nach der Wahl zu agieren gedenkt. Vorbei an den Institutionen, vorbei an

den gewählten Vertretern. Vorbei auch an den Wählern? So agiert also ein Mann, der ansonsten nicht müde wird, öffentlich den Moralisten, den System-Erneuerer zu geben?

Die Kultusgemeinde fährt, wie Sie wissen, einen strikt ausgeglichenen Budgetkurs. Darüber herrscht im Kultusvorstand seit Jahren Konsens. Wo wird Engelberg dann also einsparen, wenn er seine Angebote (die manch einer vielleicht nicht ablehnen wird), einlösen muss? Oder, einfacher und tacheles gefragt: Wem will er nehmen, wenn er den Bucharen gibt? Der Orthodoxie? Den Schulen? Den Medien? Der Sicherheit etwa? Spart er gar beim Sozialen oder kündigt er Rabbiner (Chabad würde sicher gerne mit Rabbanim aushelfen), vielleicht auch den Oberkantor?

Zu solchen Geschichten, heißt es, gehören immer zwei. Ein unmoralisches Angebot zu legen, ist also die eine Sache. Eine andere ist es, ein solches Angebot anzunehmen, oder es zumindest ernsthaft in Erwägung zu ziehen, ein Lizitationsringenspiel zu starten, um dann beim Meistbieter anzuheuern. Das ist unsolidarisches Verhalten der Gemeinschaft, der Gemeinde gegenüber. Das entspringt einer Haltung, die vom Leitsatz „Misstrau denen da oben, aber nimm von ihnen, was du kriegen kannst“ geprägt ist. Das offenbart letztlich eine Mentalität zwischen Basar und Casino - die, wie ich meine, in einer Gemeinde wie der unseren nichts verloren hat.

Sie, liebe Leserin, geschätzter Leser, und der **bund** sozialdemokratischer Juden können solche Einstellungen wahrscheinlich nicht ändern und solches Verhalten nicht verhindern. Aber wir können gemeinsam dafür sorgen, dass sie in unserer Gemeinde künftig nicht zum bestimmenden System werden. Wir haben die Wahl. Sie haben die Wahl!

Robert Sperling

Gizella ACKERMANN
sowie Fam. WINKELBAUER
*wünschen allen Freunden,
Verwandten und Bekannten
Schana Towa*

KV Elisabeth WESSELY
wünscht allen Freunden
und Bekannten
Schana Towa

Der Bund Sozialdemokratischer Juden-Avoda ist unabhängig, sozial und zionistisch. Wir treten für eine autonome, pluralistische Einheitsgemeinde ein, in der alle Gruppierungen - Welch ethnischer Wurzeln, politischer Überzeugung oder religiöser Ausrichtung auch immer - Platz und Gehör finden. Wir wollen eine Kultusgemeinde, in der alle Entscheidungen demokratisch und transparent getroffen werden. Wir fragen nicht, was die Gemeinde für uns tut - wir fragen, was wir für die Gemeinde tun können. Als Zionisten arbeiten wir im Sinne des Jerusalemer Programms im Rahmen der Zionistischen Föderation.

der bund - das soziale Gewissen der Gemeinde Soziales und solidarisches Denken und Handeln haben für den Bund Sozialdemokratischer Juden - Avoda Priorität. Wir sind der Verbesserung der Lebensgrundlagen sozial benachteiligter Menschen verpflichtet, ungeachtet ihres Alters oder der ethnischen Herkunft. Getreu unserer Tradition stehen wir dafür ein, dass Solidarität, soziales Denken und Handeln auch weiterhin im Vordergrund der Arbeit der IKG stehen, deren Sozialeinrichtungen wir nach besten Kräften unterstützen.

der bund - dynamische Gesellschaftspolitik Um den Fortbestand der Gemeinde zu sichern, braucht es wirksame Strategien gegen Assimilation und Abwanderung sowie Anstrengungen, abseits Stehende gesellschaftlich wieder in das Gemeindeleben zu integrieren. Gleichzeitig ist der geregelte Zuzug neuer Gemeindemitglieder zu fördern.

der bund - gender mainstreaming. Tabus aufbrechen Auch in der jüdischen Gesellschaft ist die Gleichstellung der Frau oft nicht mehr als ein Wort und erfahren Frauen auf verschiedenste Weise Diskriminierung, seelische und sogar körperliche Gewalt: Wir unterstützen daher alle Maßnahmen, dieses Tabuthema aufzubrechen, aufklärend und bewusstseinsbildend zu wirken und den Betroffenen zu helfen.

der bund - Schwerpunkt Jugend und junge Erwachsene Den Heranwachsenden muss jede Möglichkeit zur Entfaltung ihrer individuellen Persönlichkeit und jüdischen Identität gegeben werden. Den Jugend- und Sportorganisationen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie benötigen mehr finanzielle Mittel und müssen autonom, ohne Einflussnahme durch die Politik, arbeiten können. Unser Bildungswesen muss ein möglichst breit gefächertes Angebot zur Verfügung stellen, als Basis für eine berufliche Laufbahn oder ein weiteres Studium. Wir treten selbstverständlich für eine substanzielle schulische Ausbildung in

der bund - das Programm

Soziale Werte, zionistische Tradition, kritische Kooperation

den „jüdischen Fächern“ ein. Dabei darf der Unterricht jedoch weder fundamentalistisch oder in indoktrinierender Weise erfolgen, noch darf gesellschaftlicher Zwang ausgeübt werden. Die Beteiligung junger Menschen an der Arbeit der IKG und den diversen Organisationen unserer Gemeinde muss stärker als bisher gefördert werden. Der großen Gruppe der 19- bis 35jährigen, für die es derzeit keinen geeigneten Rahmen gibt, ist seitens der IKG viel mehr Beachtung zu schenken. Und: Wir fordern die längst überfällige Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre.

der bund - kulturpolitische Offensive Das Kultur- und Geistesleben ist Gradmesser für die Entwicklung unserer Gemeinde. Die Zeit ist reif für eine neue Ära, in der die jüdische Gemeinde wieder jene geistige und intellektuelle Geltung in Österreichs Gesellschaft erlangt, die sie einst hatte. Die IKG wird sich daher durch geeignete kulturpolitische Maßnahmen weit stärker als bisher in das kulturelle Geschehen einbringen und mehr Mut zu Kreativität und Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem zeigen müssen. Es muss mehr ideelle, aber auch finanzielle und logistische Unterstützung für jene Institutionen und Einzelpersonen geben, die Träger unseres Kulturlebens sind und aufgrund ihres Talents werden können. Intellektuelle und Kulturschaffende müssen weit stärker als bisher in das Leben der Gemeinde integriert werden. Aufgabe der IKG wird es sein, einen Rahmen zu schaffen, in dem ein ständiger fruchtbarer Gedankenaustausch mit Kulturschaffenden erfolgen kann.

der bund - politische Kultur und Transparenz Seit Jahren verfolgt der bund in der IKG und ihren Gremien eine konsequente Politik der „kritischen Kooperation“. Das bedeutet, wir übernehmen Verantwortung, ebenso wie wir Kritik äußern oder Missstände aufzeigen. All dies im Rahmen einer politischen Kultur, die Andersdenkenden Achtung entgegenbringt und sachliche oder auch grundsätzliche Differenzen niemals auf persönlicher Ebene austrägt.

Meinungsfreiheit und daraus resultierende Meinungsvielfalt für Individuen und Medien

sind für uns unverzichtbar. Der bund hat, als einzige Fraktion, jahrelang für die Unabhängigkeit der Medien der IKG gekämpft. Mit der Gründung der „Jüdischen Medienverlags GmbH“ und der Entwicklung des Magazins „wina“ wurde dieser Forderung stattgegeben. Für grundlegend verbesserungswürdig halten wir die Transparenzgebarung bei allen Entscheidungsprozessen der IKG.

der bund - Kernaufgabe „Kultus“ Die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse unserer Gemeindemitglieder, die Erhaltung und Qualitätskontrolle aller dazu benötigten Einrichtungen, ist eine Kernaufgabe der IKG, zu der sich der Bund Sozialdemokratischer Juden - Avoda selbstverständlich bekennt.

der bund - Kampf gegen Antisemitismus, Fremdenhass und Rassismus Der bund ist stolz darauf, zu den Vorkämpfern gegen Rechtsradikalismus, alte und neue Nazis und deren populistische Wegbereiter zu gehören. Ebenso energisch treten wir all jenen Gruppen und Personen entgegen, deren vorgebliche „Israel-Kritik“ und deren „Antizionismus“ nichts als schlecht kaschierten Antisemitismus in neuem Gewand darstellen. Eine selbstbewusst auftretende Gemeindeführung kann sich hier unserer Unterstützung sicher sein.

der bund - Sicherheitsapparat ist unverzichtbar Sicherheit und Schutz aller jüdischen Bürger und Institutionen sind dem bund unverzichtbares Anliegen, das über allen Fraktionsinteressen stehen muss. Budgetäre Sparmaßnahmen dürfen keinesfalls dazu führen, dass der Qualitätsstandard des Sicherheitsapparates der IKG darunter leidet.

der bund - zionistische Ideale und Frieden für Israel Die Existenz des Staates Israel als jüdischer Staat, die Sicherheit seiner Menschen und der Frieden in der gesamten Region sind auch Garanten für das Dasein und die Sicherheit der Juden in aller Welt. Wir unterstützen daher alle demokratischen und friedliebenden Kräfte in Israel. Der Bund Sozialdemokratischer Juden - Avoda ist aktives Mitglied der Zionistischen Föderation Österreichs, wo dank unserer Initiative die Jugendorganisationen zu einem integrierenden Bestandteil der Föderation wurden.

Das Sanatorium Maimonides Zentrum Elternheim, Pflegewohnheim, Krankenanstalt und Tagesstätte der Israelitischen Kultusgemeinde und dessen Mitarbeiter wünschen allen Gemeindemitgliedern ein frohes Neues Jahr und nehmen die Gelegenheit wahr, den Förderern des Maimonides Zentrums ihren besonderen Dank auszudrücken

Für weitere Spenden zu Gunsten der Entwicklung des Maimonides Zentrums danken wir im Voraus.

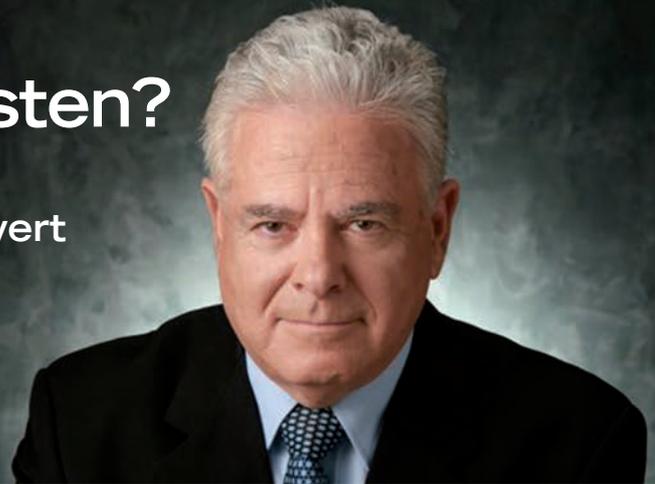
Bankverbindung:
BAWAG, BLZ 14000, Kto.Nr.: 2010-733-807



Ephraim Sneh: Allianz gegen Islamisten?

Neue Nah Ost-Initiative aus Washington wäre wünschenswert

Für Politiker, die vor Wahlen stehen, zählt nur eines - der Wahlerfolg. Alle Entscheidungen und alle Überlegungen sind dem einen Ziel untergeordnet, möglichst viele Wähler zu überzeugen, in der Wahlzelle ihren Namen anzukreuzen. Aber für alle - Sieger, Verlierer, Wähler - gibt es immer „den Tag danach“. Das gilt auch für die USA.



© www.sneh.org.il

Ephraim Sneh.

Die Erfolge der anti-westlichen islamistischen Bewegungen stellen eine massive Bedrohung US-amerikanischer Werte und Interessen im Nahen und Mittleren Osten dar. Der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wird im November, „am Tag danach“, mit dieser neuen Realität fertig werden müssen. Will er erfolgreich sein, muss er eine Strategie entwickeln, die den neuen Gegebenheiten in dieser Region Rechnung trägt. Langfristig geht es darum, die verbliebenen eigenen Freunde zu einen und Gegnern und Feinden in der Region Entschlossenheit zu signalisieren.

Diese Entwicklung ist für die USA und für ihre Verbündeten wie Israel äußerst unerfreulich. Der neue (alte) Präsident muss zur Kenntnis nehmen, dass sich die islamistischen Kräfte im Umbruch befinden: Sie haben - von Waziristan im Nordosten Pakistans bis hin zum Atlantischen Ozean - riesige Gebiete fast durchgehend unter ihre Kontrolle gebracht. Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon und Libyen befinden sich in brutalen und zerstörerischen Kämpfen um ihre Identität. Ihre zukünftige territoriale Einheit ist ungewiss. In diesen Ländern - wie auch in Ägypten - haben die islamistischen Bewegungen und Kräfte die Oberhand errungen. Die Medien haben bereits den Begriff „Arabischer Frühling“ durch „Arabisches Erwachen“ ersetzt. Und eher früher als später wird aus „Arabischem Erwachen“ eine „Islamistische Machtergreifung“ werden.

In keinem dieser Länder sind die islamistischen Kräfte Freunde der Vereinigten Staaten. Die Extremisten unter ihnen verachten die Kultur und Lebensart des Westens. Sie missbilligen den Supermacht-Status der USA. Die Pragmatiker wiederum sind bereit, von den USA finanzielle und militärische Hilfe anzunehmen, verwahren sich aber gegen jegliche Einflussnahme.

Je mehr die islamistische Bewegung an Stärke und Bedeutung gewinnt, desto mehr wächst die Unsicherheit und Uneinigkeit unter

den traditionellen Verbündeten der Vereinigten Staaten, wie dieser neuen Bedrohung zu begegnen sei. Zweifel wachsen an der Loyalität der USA und man fragt sich, ob man im Fall des Falles noch Rückhalt und Unterstützung durch die USA erfahren würde. Man beginnt, andere Möglichkeiten zu sondieren, um seine Interessen zu schützen.

Noch immer gibt es keine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt. Die israelische Regierung erweitert und fördert Siedlungen auf der West Bank. Alle - die arabischen Brüder mit eingeschlossen - zeigen den Palästinensern die kalte Schulter. Als Folge davon macht sich Verzweiflung breit, die wiederum zu ansteigender Radikalisierung führt. Ohne ernsthaften israelisch-palästinensischen Dialog droht weitere Eskalation und ein binationaler Staat, der für beide Seiten das Ende des Traums von der nationalen Heimstätte bedeuten würde.

Israels Siedlungspolitik und die Besetzung von Land zum Schutz dieser Siedlungen sind nicht nur ewiger Zündstoff im israelisch-palästinensischen Konflikt, sondern belasten auch die amerikanische Außenpolitik. Das wird auch so bleiben - selbst wenn die Vereinigten Staaten ihre politischen Prioritäten künftig anders setzen und ihr Interesse anderen Weltregionen zuwenden sollten.

Meine Empfehlung - also die eines Menschen, der mitten im Konflikt lebt - an beide Präsidentschaftskandidaten und ihre Berater lautet: Beginnt, an „den Tag danach“ zu denken. Schiebt die zweifellos naive Vorstellung eines „Arabischen Frühlings“ beiseite. Hosni Mubarak und Muammar Al-Gaddafi sind nicht durch aufgeklärte Demokraten ersetzt worden - das wird übrigens auch bei Bashar-Al-Assad nicht der Fall sein. Weder überzogene Erwartungen in die neuen Kräfte noch Schuldgefühle wegen der Unterstützung der autoritären alten dürfen die Staatsräson beeinflussen.

DIE WIENER SOZIALDEMOKRATEN WÜNSCHEN ALLEN LESERINNEN UND LESERN EIN GUTES NEUES JAHR!



© Keinrath



www.wien.spoe.at

Die wenigen im Mittleren Osten verbliebenen Freunde der Vereinigten Staaten sollten zu einer Allianz verbunden werden. Die USA können eine neue regionale Achse bilden, um dem Iran und den radikalen Islamisten entgegenzutreten. Diese Achse sollte sich vom Mittelmeer bis zu den Golfstaaten, von Tel Aviv bis nach Abu Dhabi, erstrecken. Sie sollte sich auf die Staaten des Gulf Cooperation Council, das sind Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, plus Jordanien, Israel und Palästina, gründen. Man könnte sie abgekürzt als GCC plus JIP bezeichnen. Es wäre dies eine Allianz mit hohem wirtschaftlichen Potenzial und beträchtlicher militärischer Stärke.

Gemeinsame Nenner dieser Allianz wären die Notwendigkeit, sich gegenüber dem Iran und dem radikalen Islam behaupten zu müssen, die Pflege der Beziehungen zum Westen und die Verpflichtung, eine Region zu schaffen, deren Grundlagen Frieden und wirtschaftliche Zusammenarbeit sind.

Diese neue Achse würde das regionale Machtgefüge entscheidend verändern. Sie würde eine Alternative bilden zu dem blutigen Chaos und der wirtschaftlichen Inkompetenz des radikalen Islam und sie würde eine klare Linie auf der Landkarte der Region ziehen, die auch von einem expansiven Iran nicht überschritten werden kann. Ich gebe zu, dieser Vorschlag ist nicht völlig ausgereift und bedarf zu seiner Verwirklichung einiger grundlegender Reformen. Aber er könnte - mit amerikanischer Unterstützung - realisiert werden. Ganz ohne Blutvergießen.

Zur Bildung einer solchen regionalen Allianz ist ein israelisch-palästinensischer Friedensschluss unabdingbar. Aber Frieden zwischen Israel und den Palästinensern, das habe ich an dieser Stelle schon öfters gesagt, ist sowieso unerlässlich, um ein Verschwinden des demokratischen jüdischen Staates, für den Generationen gekämpft haben, zu verhindern.

Es gibt jedoch zwei wesentliche Hindernisse auf dem Weg zu einem israelisch-palästinensischen Friedensabkommen. Erstens müssen die rund 120.000 israelischen Siedler, die heute auf der West Bank in Gebieten leben, die künftig Teile eines palästinensischen Staates bilden sollen, umgesiedelt werden. Zweitens müssen für hunderttausende palästinensische Flüchtlinge, die innerhalb und außerhalb der von Israel verwalteten Gebiete in Armut und Hoffnungslosigkeit leben, Arbeitsplätze und geeigneter Wohnraum, kurz: eine lebenswerte Zukunft geschaffen werden. Diese Probleme sind also nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur. Sie könnten durch eine internationale Finanzinitiative, angestoßen von den Vereinigten Staaten, gelöst werden.

Die Idee: Über fünf Jahre hindurch unterstützen die G-8 Staaten Israel mit jährlich fünf Milliarden Dollar bei der Verlegung der Siedler von der West Bank, hauptsächlich durch Entwicklung von Gebieten im Negev und im Galil. Obwohl ein harter Kern unter den Siedlern diese Initiative sicher ablehnte: Die gesetzestreuen Siedler und die Mehrheit der israelischen Gesellschaft würden sie begrüßen.

Innerhalb derselben fünf Jahre würden die reichen arabischen Länder einschließlich der Golf-Staaten Wirtschaftshilfe in gleicher Höhe für die Palästinenser leisten. Nicht in Form von Transferleistungen an Bedürftige, sondern mittels Ausbau von Infrastruktur - als Investition in Arbeitsplätze und Ausbildung.

Diese Finanzspritze würde zwangsläufig politische Veränderungen mit sich bringen. Sie würde Jordanien und die Palästinensische Autonomiebehörde stärken und der Bevölkerung von Gaza Perspektiven eröffnen, die ihnen die Hamas niemals bieten könnte.

Gleichzeitig hätte die israelische Bevölkerung zwischen zwei Möglichkeiten zu wählen. Entweder ein isolierter, problembelasteter bi-nationaler Staat oder ein jüdischer Staat auf 78 % des Gebietes zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Ein Staat, in dem der Norden und der Süden wirtschaftlich so stark sind wie der Raum Tel Aviv. Zwischen diesen beiden Szenarien, so meine ich, wird sich der überwiegende Teil der israelischen Bevölkerung für die Vernunft, für eine Zwei-Staaten-Lösung entscheiden.

Den G-8 und den arabischen Staaten mag die finanzielle Belastung von 50 Milliarden US-Dollar enorm hoch erscheinen - insbesondere

www.erstebank.at www.sparkasse.at Find us on Facebook

„Unser Credo: In jeder Beziehung zählen die Menschen.“

ERSTE BANK SPARKASSE
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

In Österreich betreuen wir mehr als 3 Millionen Kunden, die meisten davon schon seit vielen Jahren. Unsere Kundenbetreuer beleuchten jede Geldfrage aus unterschiedlichen Blickwinkeln – offen, transparent und mit Verantwortung. Nur so können wir für jeden einzelnen Kunden die richtige finanzielle Balance finden. Ein hartes Stück Arbeit, aber das ist unser Job.

unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage. Betrachtet man diesen Plan jedoch als eine Investition in einen stabileren Mittleren Osten und vergleicht die Kosten mit jenen, die die diversen direkten und indirekten Schäden im ungelösten Konflikt verursachen (man denke nur an die Summen, die die USA für den Versuch einer Stabilisierung des Irak aufgewendet haben - vom Verlust an Menschenleben ganz zu schweigen), dann geht die Rechnung auf.

Eine Achse der gemäßigten politischen Kräfte im Mittleren Osten ist machbar - wenn der Wille dazu in Washington da ist. Und sollte es einmal einen säkularen und demokratischen Wandel im Iran geben, dann wäre ein solcher „neuer“ Iran ein natürlicher Partner dieser Allianz. Die Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten im Mittleren Osten würden nachlassen. Andererseits würde sich das Regime der Ayatollahs, solange es an der Macht ist, einer wirtschaftlich und militärisch starken Allianz gegenüber sehen.

Zu lange schon fördert der israelisch-palästinensischen Konflikt Hoffnungslosigkeit und Zynismus. Hoffnungslosigkeit und Zynismus führen nicht zu Wandel. Es sind Menschen mit Überzeugungen, Visionen und Mut, die Wandel ermöglichen. Das und nicht weniger wird von dem Mann erwartet, der ab November 2012 die Vereinigten Staaten führt.

Ephraim Sneh war General der israelischen Armee und stellvertretender Verteidigungsminister. Er ist gegenwärtig Vorsitzender des S. Daniel Abraham Center für strategischen Dialog am Akademischen College in Netanya.

Übersetzung Peter Munk,
redaktionelle Bearbeitung Robert Sperling

Herrn
Mag. Norbert Darabos
Bundesminister für
Landesverteidigung und Sport
Roßauer Lände 1
A-1090 Wien

Wien, 24. Mai 2012

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

In einem Interview in der Presse vom 19.05.2012 haben Sie den israelischen Außenminister als „als Mitglied der israelischen Regierung unerträglich“ bezeichnet.

Wirklich unerträglich ist, dass Sie sich in diesem Interview insbesondere mit weiteren Aussagen zur israelischen Politik wie der, „dass Israel offenbar Außenfeinde wie den Iran oder auch die Palästinenser in den Vordergrund stellt, um von inneren sozialen Problemen abzulenken“ unruhlich zu jenen gesellen, die, wenn es um Israel geht, bemerkenswert einseitig agieren.

Oder sollte uns entgangen sein, dass Sie die wiederholten Holocaustleugnungen und Auslöschungsdrohungen des iranischen Präsidenten irgendwann als „unerträglich“ bezeichnet hätten? Sollten wir übersehen haben, dass Sie die erst vor wenigen Tagen publizierte Ankündigung des iranischen Generalstabschefs, Israel zu vernichten, als „unerträglich“ quittiert hätten – immerhin der Militärführer eines Regimes, das mit buchstäblich allen Mitteln an der Atombombe baut? Und haben wir vielleicht überhört, dass Sie den jahrelangen Raketendauerhagel aus dem von der Hamas kontrollierten Gazastreifen auf israelische Städte, Siedlungen und sonstige zivile Ziele als „unerträglich“ empfunden hätten?

Gerade von Ihnen als Sozialdemokraten hätten wir uns eine differenziertere Betrachtungsweise erwartet!

Mit freundlichen Grüßen
Bund Sozialdemokratischer Juden

Robert Sperling e.h., Vorsitzender
Peter Munk e.h., Generalsekretär

Briefwechsel mit Darabos

Im Mai irritierte Verteidigungsminister Norbert Darabos in einem „Presse“-Interview mit höchst einseitiger Israel-Kritik. Nicht nur der Bund protestierte...

Adalbert-Stifter-Straße 18
A-1200 Wien

T 43 1 33106 150
F 43 1 33106 333

E bildung@jbbz.at
H www.jbbz.at

DVR: 0985911
ISO-Zertifiziert nach 9001:2008 - Nr. 1814/0

JBBZ
Jüdisches Berufliches Bildungszentrum
ת"סב



NEU: Begabungsförderung mit Zusatzqualifikationen

Berufspsychologische Testungen u. Beratungen

1-jähriger Berufsorientierungslehrgang (9. Schulstufe)

Erfolgreich mit Lehre plus Matura am JBBZ:

- Bürokaufmann/frau
- IT-Technik
- Orthopädiotechnik

Facharbeiter- u. Mütterintensivtraining IT-Technik und Büromanagement

Lehrgang zur Kindergarten- und Hortassistenz

Tages- und Abendlehrgänge für Ihre berufliche Praxis

Sichern Sie sich Ihren Platz!
01/33106/150

Der Vorstand und die MitarbeiterInnen des JBBZ wünschen Ihnen allen Shana tova u'mevorachat!

Die Antwort des Ministers erfolgte Ende Juni...



MAG. NORBERT DARABOS
BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT

Herrn
Robert SPERLING
Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Juden
Praterstern 1
1020 WIEN

26. Juni 2012
GZ S90323/273-KBM/2012

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Mai dieses Jahres.

Ich beobachte die Entwicklungen im Nahen Osten mit großer Aufmerksamkeit und Sorge. Ich weiß um die massive Bedrohung, der das Israelische Volk seit der Staatsgründung ausgesetzt war und ist. Mir ist bewusst, dass die Umbrüche im arabischen Raum und Nordafrika die friedliche Koexistenz Israels mit seinen Nachbarstaaten noch weiter erschwert.

Ich anerkenne das umfassende Recht Israels, sich gegen die Bedrohung von außen zu schützen. Ich verurteile die Drohungen des Iranischen Regimes ebenso massiv, wie die Äußerungen anderer Staatsregierungen, die das Existenzrecht des Staates Israels auch nur in Frage stellen.

Dennoch bin ich der Meinung, dass in fundamentalen Fragen der Menschen- und Völkerrechte unter Politikern Kritik möglich sein muss. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass die Staatengemeinde und jeder einzelne Staat alles daran setzen muss, um zwischenstaatliche Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen. Die Aufgabe der Politiker aller Länder ist es, diesen Weg des friedlichen Miteinanders zu finden, bestehende Feindbilder und Bedrohungsszenarien zu überwinden, anstatt neue aufzubauen.

Der „Jerusalem Post“ entnehme ich, dass sich nach einer aktuellen Umfrage die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Israels für eine friedliche Lösung und gegen einen Präventivschlag gegen den Iran ausspricht. Ich bin der Überzeugung, dass es noch nicht zu spät ist, um das Iranische Regime auf friedlichem Wege zur Umkehr zu bewegen und bin sicher, dass sich Israel einer diplomatischen Lösung des Konfliktes nicht verschließen wird.

Mit freundlichen Grüßen

FAIR. SOZIAL. GERECHT.



FAIR STEUERN

Österreich braucht endlich ein gerechtes Steuersystem: Einkommen aus Arbeit entlasten – große Vermögen belasten.

JETZT!

www.fsg.at

Damit's allen gut geht.

FSG

kurz.bündig I

Drei Herren - Dr. Ariel Muzicant, Mag. Rafael Schwarz und Mag. Elie Rosen - verschickten Mitte August einen Brief an alle Gemeindemitglieder. Über Stil und Ausdrucksweise dieser nicht gerade zimperlichen Abrechnung mit einem selbsternannten Präsidentschaftskandidaten mag man geteilter Meinung sein, aber schließlich befindet sich unsere Kultusgemeinde - oder besser

Die drei von Atid

gesagt befinden sich ihre gewählten Vertreter - im Wahlkampf. Da soll man also die Worte nicht auf die berühmte Goldwaage legen.

Nun haben aber „Die drei von Atid“ auch die Arbeit der Mitglieder der Kontrollkommission - um im Jargon zu bleiben: „angepatzt“. Die drei Herren - allesamt Kultusvorsteher und nicht gerade Hinterbänkler - bezichtigen in diesem Schreiben die Mitglieder der Kontrollkommission der Fahrlässigkeit. So behaupten die drei in Fettdruck: „Die Kontrollkommission hat es in den vergangenen 15 Jahren verabsäumt, die ausgegliederten IKG-(Gewerbe)Betriebe....zu kontrollieren“.

Als Vorsitzender dieser Kommission halte ich ganz entschieden fest: Die meist mühevollen, dafür selten bedankte Arbeit der Kontrollkommission taugt nicht zum Spielball absurder Hahnenkämpfe unter Ex- und Möchtegernpräsidenten. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

Zum besseren Verständnis: Die ausgegliederten Betriebe sind Gesellschaften m.b.H. und haben als solche ein Aufsichtsgremium (Aufsichtsrat, Beirat), das sich aus den Eigentümerversprechern (=Kultusvorstand) zusammensetzt. Die Rechnungsabschlüsse werden von Wirtschaftsprüfern geprüft. Teilbereiche dieser ausgegliederten Betriebe wurden - zum Teil über Auftrag des Kultusvorstands - durch die Kontrollkommission geprüft. Ergebnisse dieser Überprüfungen fanden auch Niederschlag in entsprechenden Beschlüssen des Kultusvorstands.

Die aufgestellten Behauptungen sind also schlichtweg unrichtig und diskreditieren die ehrenamtliche, zeitaufwendige Tätigkeit der neun Kommissionsmitglieder in den Augen der Öffentlichkeit. Aber das alleine genügt ja offenbar nicht - es bedurfte gewissermaßen als Draufgabe noch der Unterstellung von Fahrlässigkeit. Ein Nichtjurist mag ja mit diesem Begriff fahrlässig umgehen. Zumindest einer der Herren, Herr Mag. Rosen, ist jedoch Jurist, und der sollte um die rechtliche Bedeutung bestens Bescheid wissen - auch im Wahlkampf.

Was soll das Ganze also? Wenige Zeilen vor dem Ausritt gegen die Arbeit der Kontrollkommission ist im Brief in fetten Lettern unter anderem zu lesen: „... muss er alles Bisherige schlecht machen“. Ist schlecht machen nun auch das Motto von Atid?

Peter Munk

*Leah,
Ursula & Karl
VYBIRAL*

wünschen allen
Freunden
und Bekannten
Schana Towa

**Ivan und Sonia
ROTH**

*wünschen allen
Freunden, Verwandten
und Bekannten
alles Gute im Neuen Jahr*

Der Bund, Atid, Gescher. Die Alternative, Khal Israel. Die Vertreter der Bucharen und der Grusinim. Misrachi, Heruth und viele andere, neuerdings noch Chaj und Initiative Respekt: Bei noch jeder IKG-Wahl buhlten beinahe mehr Fraktionen, Gruppen und Grüppchen um die Wählergunst, als es Wähler gab. Bei den Wahlen im November wird das kaum anders sein. Wie der Witz von den zwei Juden und den drei Meinungen ist das natürlich eine Übertreibung - und doch steckt mehr darin als nur ein Körnchen Wahrheit!

Dass sich jedes Gemeindeglied, das die formalen Voraussetzungen erfüllt und über die nötigen Unterstützungserklärungen verfügt,

Fraktionitis – Gedanken zur IKG-Wahl 2012

von Ihnen und mir wählen lassen kann, unterscheidet uns nicht von anderen demokratisch verfassten Gemeinschaften. Dass sich aber so viele bemüht fühlen, es tatsächlich zu versuchen, schon!

Natürlich ist das demokratiepolitisch total super und kostet auch nix, weil wir mit unseren Mitgliedsbeiträgen weder Parteien fördern noch Abgeordnetengehälter finanzieren. Aber es erinnert an den Witz (schon wieder!) von dem schiffbrüchigen Juden, der nach langen Jahren auf einer einsamen Insel gerettet wird: Er hat in der Zwischenzeit zwei Synagogen gebaut. Also fragen die Retter: Eine Synagoge, wunderbar, baruch haschem! Aber wieso zwei? Darauf der Gerettete: Seht ihr die Synagoge dort drüben? Er deutet auf eine der beiden. Das ist die, in die ich nicht gehe!

Über den Witz kann man lachen, über die Realität nicht. Um es klar zu sagen: Diese Zersplitterung ist nicht Ausdruck gelebter Demokratie sondern, streng genommen, das Ergebnis ausgeprägter Egozentrik. Ein veritables Ärgernis!

Vielzahl steht nicht immer für Vielfalt und Antipathie ist noch kein Programm. Oder worin, glauben Sie, unterscheidet sich die Gruppierung um E substantiell von jener um M oder D? Eben. Im besten Fall geht es also um die Wahl oder Nichtwahl von Personen. Sie werden an dieser Stelle einwenden, dass es Schlimmeres gibt. Sie haben Recht damit. Und dennoch: Solange die Stimmen von zehn Freunden, deren Familien (und die der eigenen noch dazu) für ein klitzekleines Mandat reichen, solange Sie, liebe Leserin, geschätzter Leser, bei Kandidaten und Parteien nicht vehement Inhalte und Nachhaltigkeit einfordern, werden Sie Grund haben zur Klage.

Programm statt Phrasen? Überzeugung, nicht Lippenbekenntnisse? Gesellschaftliches Weltbild anstelle zeitgeistiger Beliebigkeit? Der Bund Sozialdemokratischer Juden steht genau für diese Werte. Ein 100-jähriges „Traditionsunternehmen“, das einzige in dieser Gemeinde und die einzige unter all diesen Fraktionen (die kommen und gehen), bei der klar ist, wofür sie steht und wogegen sie ist. Eine Traditionspartei, die durch alle Höhen und Tiefen, die eine politische Partei durchmachen kann, gegangen ist. Die schon einmal heftig aus der Rolle fiel (und dafür in den 1970ern von den Wählern brutal bestraft wurde), aber niemals ihre Wurzeln vergaß. Und die, nach ihrer Neugründung, diese Herkunft zeitgemäß zu leben sucht. Nichts und niemandem verpflichtet als den eigenen Prinzipien: soziale Gerechtigkeit, partizipative Demokratie, ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt in der Einheit. Ein Korrektiv in der politischen Landschaft, kritisch, aber kooperativ. Unabhängig von persönlichen Befindlichkeiten und fern jeglichen Personenkults: Das Programm ist der Star...

Jetzt ist aus ein paar Gedanken und Anmerkungen doch so etwas wie ein „Wahlkampf-Artikel“ geworden. Sie werden einwenden, liebe Leserin, geschätzter Leser, dass es Schlimmeres gibt. Sie haben Recht damit.

Robert Sperling

Die Vorhaut in aller Munde...

Es war wirklich schon urfad, in der Sauregurkenzeit immer wieder nur über Affenhitze, unsommerliche Saukälte und die bösen Griechen lesen zu müssen. Dann jedoch war plötzlich alles anders: Die Vorhaut war in aller Munde!

Ausgehend von dem skurrilen Kölner Gerichtsurteil, das Beschneidungen an Säuglingen als Körperbeschädigung und unerlaubten Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des Menschen unter Strafandrohung stellte, tobte ein wüster Streit einander widersprechender Kommentare und Expertisen in den Medien. Das Ganze war in höchstem Maße emotionell und unterhaltsam. Jedenfalls für mich.

Historische, medizinische, psychologische und religiöse Argumente für und wider wurden ins Treffen geführt, Gelehrte, Intellektuelle, Philosophen, Ärzte, Soziologen, Juristen und natürlich das „Bodenpersonal Gottes“ gaben ebenso ihren Senf dazu wie berufsmäßige Kommentarschreiber. Die Debatte in Boulevard- und Qualitätsmedien, auf Facebook, Twitter und in Blogs wurde mit größter Leidenschaft geführt - und natürlich meldeten sich, wie könnte es auch anders sein, vornehmlich Nichtjuden zu Wort.

Da hatten wir jene aus der „progressiven“ Ecke, die, natürlich „bei aller Liebe zum Judentum“, diesem „längst fällige Reformen“ diverser „archaischer und längst obsolet gewordener Bräuche und Riten“ nahelegten. Dass auch einige jüdische Stimmen sich pflichtschuldigst in diesem Chor bemerkbar machten, wundert auch keinen.

Und dann, wie könnte es anders sein, die unvermeidlichen Rülpsen all jener, die hier, wie bei der rituellen Schlachtung, endlich einen willkommenen Vorwand gekommen sahen, es den Juden, und, in einem Aufwaschen, den Moslems, wieder einmal so richtig hineinzusagen. Manche formulierten es „intellektuell“ verkläuselt, indem sie meinten, die Circumcision verhindere den Integrationsprozess, Feministinnen wiederum verglichen diese (dümmer geht's wohl nicht), mit der Genitalverstümmelung, und zuletzt las ich sogar Aussagen, in denen postuliert wurde, unter anderem sei es der Akt der Beschneidung, mit welchem sich die Juden seit Urzeiten außerhalb der Völker stellen und damit, eh klar, am Antisemitismus selbst Schuld tragen. Na eben.

Mehrmals hatte ich die Ehre, als Fotograf bei der „Brit Mila“ der Söhne von Freunden anwesend zu sein. Das Skalpell führten sowohl Chirurgen als auch professionelle „Mohalim“. Das Fotografieren des „Aktes“ selbst war schwierig, denn alles ging blitzschnell: Gebete, ein entschlossener, winziger Schnitt, Versorgung der Wunde - und schon war alles wieder vorbei. Manche der kleinen „Opfer“ greinten ein paar Minuten lang, andere wiederum taten nicht einmal das. Wesentlich mehr Sorgen musste man sich da schon um die Papis machen. Da wurden sogar die härtesten Sportlertypen infolge „Mitleidens“ kreidebleich, schrammten knapp an einer Ohnmacht vorbei und erholten sich erst nach einer Labung mit einem Stamperl Wodka sowie aufmunterndem Schulterklopfen der amüsierten Freunde. Manch stolze Mutti vergoss gemeinsam mit den Schwiegermamis so manche Zähre der Rührung.

Also, ehrlich, mir geht die ganze Diskussion, so ernst die Problematik des Urteils und dessen mögliche Folgen auch zu nehmen sind, schon so was am Toches vorbei... Als religiös nicht sonderlich praktizierender, aber ansonsten sehr bewusster Jude, (meinetwegen nennt mich auch einen Hebräer - Chauvi) sage ich jenen 46% aller Landsleute, die das Judentum am liebsten im Namen des Gesetzes an einer seiner Wurzeln beschnitten sehen wollen, kurz, bündig und herzlich „Ihr könnt uns mal...!“

Ernst Meir Stern

ÖBB-Ausstellung geht in die Verlängerung

„Verdrängte Jahre –
Bahn und Nationalsozialismus
in Österreich 1938 - 1945“

Räder müssen rollen für den Sieg propagierte das nationalsozialistische Regime und meinte damit nicht bloß den Transport militärischen Geräts. Nach dem „Anschluss“ wurde auch die Österreichische Bahn der Deutschen Reichsbahn einverleibt. 175 Jahre nachdem zum ersten Mal ein Zug durch das kaiserlich-königliche Österreich ruckelte, beleuchtet die Ausstellung „Verdrängte Jahre“ die dunkelsten Kapitel der Unternehmensgeschichte, als die ÖBB zwischen 1938 und 1945 Teil der Deutschen Reichsbahn waren.

Die Bahn und ihr Personal. Einst wichtige Stützen des nationalsozialistischen Systems. Mehr als drei Millionen Menschen aus fast ganz Europa wurden im Zweiten Weltkrieg mit Zügen in Vernichtung- und Todeslager transportiert. Über 200 000 Österreicherinnen und Österreicher, darunter fast die gesamte jüdische Bevölkerung, wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen oder in Konzentra-

tions- und Vernichtungslager deportiert. Ohne die Transportlogistik der Bahn wäre der systematische Mord an den europäischen Juden, an Roma und Sinti, wären die Deportation von Sloweninnen und Slowenen, von Homosexuellen, Zeugen Jehovas und politisch Andersdenkenden nicht möglich gewesen. In der Geschichtsschreibung der Österreichischen Bundesbahnen, die viele ruhmreiche Episoden kennt, war dieses düstere Kapitel bisher weitgehend unerforscht und ausgeblendet.

Das ist der dunkelste Abschnitt unserer Unternehmensgeschichte. Wir sind dazu verpflichtet zu gedenken und möchten mit dieser Dokumentation einen weiteren Beitrag zur historischen Aufarbeitung leisten schreibt Christian Kern, Generaldirektor der ÖBB Holding AG in der Presseausendung zur Dokumentation. Kern weiter: *So*



Transport in den Tod – Endstation Auschwitz

MITTEN IM LEBEN IMMER AN IHRER SEITE.



Gut, wenn man sich an jemand halten kann, der in privaten und kommerziellen Finanzangelegenheiten Stabilität und Sicherheit gibt.

Mitten im Leben. Mitten im Business.
www.bawagpsk.com



unfassbar für uns diese Ereignisse heute erscheinen, so klar müssen wir als ÖBB diese Zeit als Teil unserer Geschichte akzeptieren.

Es war klar, dass die Bahn eine immense Rolle bei der Realisation der perversen Ideologie der Nazis spielte. Widerstandskämpfer sprengten unter anderem Geleise, um den Nachschub für die Front und die Vernichtungslager zu behindern und damit Menschenleben zu retten. Die Angestellten der Bahn hatten „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten“ und wurden flächendeckend überwacht. Viele machten mehr oder weniger begeistert mit, doch gab es auch couragierte Eisenbah-

ner, die etwa durch Sabotageakte maßgeblich am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt waren. 154 Eisenbahner wurden hingerichtet, 135 starben in KZs bzw. Zuchthäusern, 1438 verbüßten Strafen in Konzentrationslagern oder Gefängnissen.

Die Ausstellung „Verdrängte Jahre - Bahn und Nationalsozialismus in Österreich 1938 - 1945“ wurde wegen großen Besucherandrangs bis zum 31. Oktober 2012 verlängert und ist im Foyer der ÖBB Infrastruktur am Praterstern 3 von Montag bis Freitag in der Zeit von 8:00 bis 17:00 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen.

Desiree Reichman